

„Arbeitslosigkeit: Falltür in die Armut?“  
Problemlagen arbeitsloser Menschen in OÖ

Abstract für eine Teilnahme am Kongress „Momentum08: Gerechtigkeit“,  
„Armutsbekämpfung“, 25.-28. September 2008, Hallstatt

Mag.<sup>a</sup> Helga Kranewitter  
Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik  
Johannes Kepler Universität Linz  
Helga.Kranewitter@jku.at  
0650/7033997

Linz, 11.April 2008

Wie in vielen Ländern Europas sind auch im Wohlfahrtsstaat Österreich die Veränderungen bei Erwerbsmöglichkeiten eine immer größer werdende Herausforderung. Gemeint sind damit nicht nur die Zunahme von atypischen und prekären Beschäftigungsverhältnissen, sondern auch verringerte Chancen, in den Arbeitsmarkt einzusteigen sowie zunehmende Risiken, aus dem Arbeitsmarkt heraus zu fallen. Immer mehr Menschen haben Schwierigkeiten, sich am Arbeitsmarkt zu behaupten, viele Arbeitsplätze bieten keine durchgängige Beschäftigung, das Verschwinden fixer Arbeitsverhältnisse sowie die Zunahme des individuellen Arbeitslosigkeitsrisikos belegen, dass Arbeitslosigkeit nicht mehr nur für schlecht Qualifizierte Teil der Erwerbsbiographie sein kann. Umso wichtiger erscheint es, nach Lebens- und Problemlagen arbeitsloser Menschen zu fragen. Wie leben sie? Wie zufrieden sind sie mit ihren finanziellen Möglichkeiten, mit ihrer Gesundheit und mit ihren Wohnverhältnissen? Wie wohl fühlen sie sich persönlich und wie reagieren Familie und FreundInnen auf die Arbeitslosigkeit?

Die vom Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik durchgeführte Erhebung „Lebens- und Problemlagen arbeitsloser Menschen in OÖ“ (2007)<sup>1</sup> macht deutlich, dass Arbeitslosigkeit sich für die Betroffenen in vielen Lebensbereichen auswirkt, unabhängig davon, ob jung oder alt, ob Mann oder Frau, ob gesund oder krank, ob kurz- oder langzeitarbeitslos. Sie trifft Personen ohne oder mit niedriger Ausbildung ungleich häufiger.

Die meist schlimmste Auswirkung der Arbeitslosigkeit ist die Verschlechterung der ökonomischen Lage, die zudem eine Veränderung der persönlichen Stimmung mit sich bringt. Diese Wirkung kann dadurch noch erhöht werden, dass sich die Gesundheit der betroffenen Menschen verschlechtert. Es scheint ein ganz unmittelbarer Zusammenhang zwischen Einkommen und Gesundheit zu bestehen. Weiters sind die sozialen, psychischen und körperlichen Folgen von Arbeitslosigkeit mit Verlusten, zB ökonomische Sicherheit, Struktur des Tages, berufliche Anerkennung, Sozialkontakte, Status, verbunden. Arbeitslosigkeit kann unter Umständen eine „zentrale Falltür in die Armut“ sein: „Aber Arbeitslosigkeit ist mehr als ökonomische Not. Der Verlust der Arbeit ist mit Verlusten verbunden, die Menschen in ihrem Dasein und in ihrer Menschenwürde angreifen.“<sup>2</sup>

Dementsprechend werden als persönlich schlimmste Auswirkungen von Arbeitslosigkeit von 82% der 519 Befragten „finanzielle Einbußen“ genannt, die in engem Zusammenhang mit „Zukunftsängsten“ (54%), „Verlust von Sicherheit“ (45%) sowie „Lebensstandard nicht haltbar“ (42%) gesehen werden müssen. Aber auch Langeweile, Vorurteile von anderen, gesundheitliche Probleme sowie das Gefühl nicht mehr gebraucht zu werden zählen bei vielen zu negativen, arbeitslosigkeitsbedingten Erfahrungen. Um die diesbezüglichen Veränderungen zu erfassen, wurde auch die individuelle Zufriedenheit vor und während der Arbeitslosigkeit in verschiedenen Lebensbereichen erhoben.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Die Studie Lebens- und Problemlagen arbeitsloser Menschen in Oberösterreich hat sich zum Ziel gesetzt, die Lebenssituation von arbeitslosen bzw. arbeitssuchenden Menschen in Oberösterreich zu erfassen. Für die Erhebung wurde ein Methoden-Mix aus quantitativen und qualitativen Methoden der Sozialforschung gewählt. Insgesamt wurden 519 arbeitslose Personen durch eine schriftlich standardisierte Fragebogenerhebung aus sämtlichen Bezirken Oberösterreichs einbezogen, zudem wurden 30 Interviews mit ExpertInnen aus Politik, Verwaltung und Sozialebereich sowie mit 50 von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen geführt.

<sup>2</sup> Vgl. Nimmervoll, L. (2006)

<sup>3</sup> Vgl. Stelzer-Orthofer, C. / Kranewitter, H. (2006), S. 24ff.

Insgesamt betrachtet waren mehr als drei Viertel der befragten arbeitslosen Menschen vor ihrer Arbeitslosigkeit mit ihrer ökonomischen Situation zufrieden bzw. eher zufrieden. Bedingt durch die Arbeitslosigkeit reduziert sich der entsprechende Anteil auf ein Viertel. Eine deutliche Verschlechterung der finanziellen Lage – hier wird vereinfachend nur ein Wechsel von (eher) zufrieden zu (eher) unzufrieden berücksichtigt – geben 53% an. Die eigene Unzufriedenheit mit den zur Verfügung stehenden Mitteln, die Sorge, dass sich der eingeschränkte finanzielle Handlungsspielraum auf die Familie auswirkt sowie der „andere“ Umgang mit Geld werden immer wieder auch in den qualitativen Interviews mit den arbeitslosen Personen deutlich. Beispielsweise meint der zweifache Familienvater G, 54 Jahre und seit zehn Monaten ohne Job: *„Ich habe das Gefühl, dass meine Frau eher drunter leidet als ich. Die leidet darunter, dass ich nicht mehr Geld bekomme. Sie macht sich Sorgen um die finanzielle Situation.“* Die Betroffenen versuchen, im alltäglichen Leben auf billige Dinge zu achten, keine „großen Sprünge“ zu machen, alle notwendigen Ausgaben genauestens zu planen. Der 42jährige Arbeitslose N führt an, dass er jetzt fast nichts mehr unternehmen kann: *„Alles was früher Geld gekostet hat, das kann ich jetzt abschreiben. Ob das ein Fitnesscenter ist oder mal ins Kino zu gehen, das überlegt man sich drei oder vier Mal. Das ist so.“* Eine befragte Expertin sieht das Problem in der *„extrem niedrigen Nettoersatzrate“*, bei der Österreich selbst im EU-Vergleich hinterher hinkt. Weiters meint sie *„es ist auf einen Schlag die Hälfte von dem Geld, was man vorher hatte.“*<sup>4</sup>

Sieht man sich die Entwicklung der Arbeitslosenversicherung genauer an, so wird deutlich, dass in den letzten ungefähr 20 Jahren in Österreich ein restriktiver Kurs zum Tragen kommt. So wurde 1993 die Nettoersatzrate von 57,9% auf 57% reduziert. Im Herbst 2000 wurde der restriktive Kurs unter dem Deckmantel der „Erhöhung der Treffsicherheit des Sozialsystems“ fortgesetzt: wiederum Senkung der Nettoersatzrate von durchschnittlich 57% auf generell 55%, Kürzung des Familienzuschlags zu Leistungen der Arbeitslosenversicherung, Erhöhung der Mindestbeschäftigungszeit für eine erneute Anwartschaft auf Arbeitslosengeld, Neuregelung der Jugendanwartschaft, Verschärfung der Sanktionen im Fall der Schwarzarbeit von Arbeitslosen. Mit der Reduktion der Nettoersatzrate sollte erreicht werden, *„dass ein ausreichender Anreiz zur Arbeitsaufnahme bestehen bleibt“*.<sup>5</sup>

Wie auch zahlreiche Fallbeispiele in der Studie gezeigt haben, ist der österreichische Sozialstaat bei all seiner enormen Reichweite und Dichte nicht frei von Lücken, strukturellen und konkreten Problemen. Dies wird offensichtlich am Phänomen der Ausgrenzung im weiteren Sinne. Darunter versteht man sowohl die gesetzlich normierte Nichtteilhabe an staatlich geregelter sozialer Absicherung als auch die Nicht-Existenz sichernde Teilhabe durch sozialstaatliche Leistungen. Ein Teil der beim AMS gemeldeten arbeitslosen Menschen ist aufgrund der Nichterfüllung der gesetzlich definierten Anspruchsvoraussetzungen einer bestimmten Dauer von Erwerbsarbeit generell vom Bezug des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe ausgeschlossen.<sup>6</sup>

Sozialstaatliche Lücken werden aber nicht nur am Ausschluss von Leistungen, sondern auch an der „Transferarmut“ sichtbar. Damit ist gemeint, dass Sozialleistungen keine ausreichende materielle Absicherung gegen Verarmungsgefährdung und Armut gewährleisten,

---

<sup>4</sup> Anmerkung: Die Nettoersatzrate liegt in Österreich bei 55%.

<sup>5</sup> Vgl. Obinger, H. / Tálos, E. (2006), S. 125f.

<sup>6</sup> Vgl. Tálos, E. (2005), S. 54f.

dies wird durch Maßnahmen wie eine Reduktion der Nettoersatzrate noch verstärkt. Generell ist diese „Transferarmut“ eine Folge der in der Sozialversicherung wirksam werdenden Äquivalenzrelation zwischen den Beitragsleistungen und dem Niveau der Leistungen. Niedrige und diskontinuierliche Einkommen führen zu niedrigen, zum Teil Nicht-Existenz sichernden Leistungen – zum Beispiel in Form des Arbeitslosengeldes. Die verfügbaren Daten über BezieherInnen von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe belegen, dass bei einem beträchtlichen Teil der Betroffenen, vor allem bei Frauen, die Leistungen niedrig bzw. sehr niedrig sind.<sup>7</sup> „Mehr als die Hälfte der Arbeitslosengeldbezüge liegen unter dem Ausgleichszulagenrichtsatz (für Alleinunterstützte) in der Pensionsversicherung. Bei den Frauen trifft dies für mehr als 80% der Leistungsbezieherinnen zu.“<sup>8</sup> Betroffen von Armutsgefährdung sind demnach unter anderem Haushalte mit langzeitarbeitslosen Mitgliedern.

Als „armutsgefährdet“ werden jene Personen bezeichnet, deren Äquivalenzeinkommen unter einer Armutsgefährdungsschwelle von 60% des Medians liegt. Ergebnisse aus EU-SILC 2006 zeigen, dass im Jahr 2006 insgesamt 12,6% der Bevölkerung armutsgefährdet waren. Betrachtet man für Personen im Erwerbsalter den Zusammenhang zwischen Hauptaktivität und Armutsgefährdung, so ergibt sich mit 7% die geringste Armutsgefährdungsquote für erwerbstätige Personen („working poor“). Alle nicht im Erwerbsleben stehenden Personen – mit Ausnahme der PensionistInnen – sind einem überdurchschnittlichen Armutsrisiko ausgesetzt: Personen in Ausbildung sind mit 21%, haushaltsführende Personen mit 22% und arbeitslose Menschen mit 33% von Armutsgefährdung betroffen.<sup>9</sup>

Tabelle: Armutsgefährdung nach aktueller Haupttätigkeit von Personen im Erwerbsalter

	Gesamt (=100%) in 1.000	Armutsgefährdungs- quote	
		in 1.000	in %
<b>Insgesamt</b>	<b>5.063</b>	<b>555</b>	<b>11</b>
Erwerbstätig	3.364	230	7
Nicht erwerbstätig	1.700	325	19
Pension	616	59	10
in Ausbildung	221	47	21
Haushalt	568	123	22
arbeitslos	294	96	33

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2006. Personen im Erwerbsalter (20-64 Jahre).

Arbeitslosigkeit verstärkt das Armutsgefährdungsrisiko deutlich, wobei mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit das Risiko zunimmt: Kann die Arbeitslosigkeit nach weniger als sechs Monaten wieder beendet werden, liegt die Armutsgefährdungsquote bei 11%. Bei Personen, die länger als sechs Monate ohne Erwerbsarbeit sind, erhöht sich die Armutsgefährdungsquote auf 40%. Unter langzeitarbeitslosen Personen, welche über 12 Monate ohne Beschäftigung sind, gelten 52% - das heißt mehr als die Hälfte – als armutsgefährdet.<sup>10</sup>

<sup>7</sup> Vgl. Tálos, E. (2005), S. 54ff.

<sup>8</sup> Tálos, E. (2005), S: 55

<sup>9</sup> Vgl. Statistik Austria (2008), S. 34

<sup>10</sup> Vgl. EU-SILC (2006)

Da – wie eingangs bereits erwähnt – Arbeitslosigkeit nicht auf individuelles Fehlverhalten zurückzuführen ist bzw. nicht mehr nur für schlecht Qualifizierte Teil der Erwerbsbiographie sein kann, gilt es in diesem Bereich verstärkt anzusetzen, arbeitslose Menschen in Österreich nicht in die Armut fallen zu lassen. Tatsächliche Existenz sichernde sozialstaatliche Leistungen für einen bestimmten Zeitraum zu gewähren, wäre ein erster Schritt in Richtung Armutsbekämpfung im Falle von Arbeitslosigkeit. Nun gilt es abzuwarten, ob die bedarfsorientierte Mindestsicherung – wie oftmals in den Medien vermittelt - diesem Phänomen der deutlich höheren Armutsgefährdung von arbeitslosen Menschen Abhilfe schaffen kann.

## Literatur

Badelt, Christoph / Österle, August (2001): Grundzüge der Sozialpolitik. Sozialpolitik in Österreich. Spezieller Teil. 2.Auflage. Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung: Wien.

Nimmervoll, Lisa (2006): Verarmtes Menschenbild. In: Der Standard (18.10.2006)

Obinger, Herbert / Tálos, Emmerich (2006): Sozialstaat Österreich zwischen Kontinuität und Umbau. Eine Bilanz der ÖVP/FPÖ/BZÖ – Koalition. Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.

Statistik Austria (2008): Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2006. Wien.

Stelzer-Orthofer, Christine / Kranewitter, Helga (2006): Arbeitslosigkeit ist mehr als ökonomische Not. Lebens- und Problemlagen arbeitsloser Menschen in Oberösterreich. Eine empirische Erhebung. In: WISO, Nr. 4/06. S. 23-42.

Stelzer-Orthofer, Christine / Kranewitter, Helga / Kohlfürst, Iris (2007): Lebens- und Problemlagen arbeitsloser Menschen in Oberösterreich. Endbericht. 172 Seiten.

Tálos, Emmerich (2005): Vom Siegeszug zum Rückzug. Sozialstaat Österreich 1945-2005. Studien Verlag: Innsbruck, Wien, Bozen.